

ALEXANDRA KURTH, SAMUEL SALZBORN

## Die AfD als Herausforderung für die politische Bildung

Im März 2016 ist die „Alternative für Deutschland“ (AfD) in drei weitere Landtage eingezogen. Aus dem Stand erzielte sie nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern auch in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zweistellige Ergebnisse. Nicht zuletzt deshalb stellt sie eine zentrale Herausforderung für die politische Bildung dar. Dabei kann auf die Ansätze gegen Rechtsextremismus zurückgegriffen werden, sofern die Spezifika des Phänomens AfD, um die es im Folgenden gehen soll, berücksichtigt werden.

Den Ausgangspunkt der hier vorgestellten Überlegungen bildet der Ansatz von Hans-Gerd Jaschke (2012: 35 f.), der vier Zugänge einer schulischen präventiven politischen Bildung im Umgang mit dem Themenfeld Rechtsextremismus unterschieden hat: a) Direkte Thematisierung, wenn es einen aktuellen Bezug gibt; b) indirekte Thematisierung, bei der es um die kritische fächerübergreifende Auseinandersetzung mit zentralen Ideologeelementen des Rechtsextremismus geht, zum Beispiel „Kameradschaft“, „Volksgemeinschaft“, aber auch „Nation“, „Überfremdung“, „Vorurteile“; c) Historisierung, die sich auf die Thematisierung des Nationalsozialismus bezieht, wobei dies nicht automatisch gegen modernen Rechtsextremismus immun macht; schließlich d) die demokratische Gegenpraxis, womit einerseits auf der kognitiven Ebene die Beschäftigung mit demokratischen

Werten gemeint ist, andererseits das Erleben und die Reflexion von politischer Partizipation in allen Fächern wie auch in der Schule insgesamt.

Von den Diskussionen in diesem Feld hebt sich die AfD als Herausforderung für die politische Bildung allerdings teilweise ab – und diese durchaus gewichtigen Nuancen sind hier Thema. Zunächst wird die Problematik diskutiert, die sich für die politische Bildung aus dem sich schleichend – und in der Regel: unreflektiert – verselbstständigenden (Rechts-)Populismusbegriff ergibt, der den analytischen Zugang mehr behindert, als dass er zur Aufklärung beiträgt. Daran anschließend wird die funktionale Rolle der AfD im rechten Spektrum skizziert und ein Vorschlag entwickelt, wie man davon ausgehend mit der AfD umgehen könnte. Und schließlich soll mit dem analytischen Konzept von *Einstellung*, *Verhalten* und *Intensität* aus der Rechtsextremismusforschung gezeigt werden, welche Möglichkeiten, aber auch Grenzen sich für die politische Bildung mit Blick auf die AfD ergeben.

### (Rechts-)Populismus – zur Kritik eines unscharfen Begriffs

Die Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich erheblich gewandelt, die technischen Möglichkeiten der Digitalisierung

haben zu einer Beschleunigung des politischen Alltags geführt, in dem soziale Netzwerke einen zunehmend größeren Anteil an der öffentlichen Darstellung von Politik einnehmen. Politische Akteure reagieren unterschiedlich auf diese neue Herausforderung. Unbestreitbar ist, dass die Vermittlung von Angeboten und Konzepten des politischen Alltags im Web 2.0 auf Austausch, Dialog und Transparenz orientiert ist. Kommunikation erfolgt zunehmend in direktem Austausch. Will Politik dem aus der Gesellschaft durch die technischen Möglichkeiten geschaffenen Wunsch nach direkter Involvierung der Repräsentierten in die tagesaktuellen Prozesse der Demokratie ermöglichen und neben den vermittelnden Wegen durch Hörfunk, Fernsehen und Zeitungen auch die unvermittelten Wege der sozialen Medien nutzen, dann ist ein gewisses Maß an Populismus unvermeidbar. Denn die sozialen Medien generieren durch ihre technischen Vorgaben (wie etwa maximale Zeichenlängen von Kurznachrichten oder vorgegebene Formen der Zustimmungssignalisierung) eine bestimmte Passformigkeit des Verhaltens, der sich alle unterordnen müssen, die teilhaben wollen.

War vor diesem Hintergrund die Kategorie des „Populismus“ vor der Entstehung des Web 2.0 durchaus eine der analytischen Kategorien, die zur Unterscheidung von Parteien oder sozialen Bewegungen taugte, ist sie im Zeitalter des Web 2.0 faktisch redundant geworden: Wer in sozialen Medien agiert, gerade als Politiker/-in, wird schon durch die technischen Vorgaben zu populistischem Kommunikationsverhalten genötigt, weil sowohl die sozialen Medien, wie auch der Populismus auf Zuspitzung, Verkürzung, Polarisierung und Simplifizierung von Argumenten gerichtet sind – was sich z. B. bei Kurznachrichten, die

maximal 140 Zeichen haben dürfen, nicht vermeiden lässt. Neben spezifischen Kommunikationsstrukturen, die den Populismusbegriff im Zeitalter des Web 2.0 zu einem unterscheidungsschwachen Kriterium gemacht haben, zielt der Populismus in seiner strategischen Dimension auch auf eine Selbstinszenierungsstrategie: simplifizierte und polarisierende Konzepte emotional zu vermarkten und Zustimmung nicht durch argumentative Überzeugung, sondern durch affektive Überwältigung zu erreichen.

Damit ist auch das ganze Dilemma mit Blick auf die AfD skizziert: Man fasst die AfD, wenn man sie als rechtspopulistisch klassifiziert, einerseits in einer Kategorie, die in ihrer Allgemeinheit als Populismus in gewisser Weise auf alle Parteien zutrifft; zugleich verstellt man mit dieser Kategorie aber den Blick auf Ziele und Methoden der AfD und auf ihre Inhalte, wenn man das (medien-)strategische Moment der Selbstinszenierung zu stark betont. Denn für den Erfolg der AfD ist massenpsychologisch die Möglichkeit zur Identifizierung ausschlaggebend, die gerade deshalb funktioniert, weil sich Führung wie Basis der AfD als zu kurz gekommen begreifen. Die AfD ist, vereinfacht gesprochen, eine Partei der Durchschnittlichen und Mittelmäßigen, die sich als deklassiert empfinden, weil sie sich selbst für überdurchschnittlich halten. Insofern erschwert das Etikett Rechtspopulismus für die politische Bildung den Umgang mit der AfD: Einerseits, weil es zu einem Spezifikum der AfD erklärt, was in der Mediendemokratie so alltäglich geworden ist, dass es nicht mehr als Unterscheidungskriterium taugt (Populismus); andererseits, weil es gerade die eigentlich notwendige inhaltliche Frage nach der rechten Ausrichtung der AfD verschiebt und unter der Hand mit einer



undifferenzierten Vorstellung bezüglich der Erfolgsgründe der AfD operiert. Insofern ist im Sinne von Jaschke die direkte – notwendige – Thematisierung erschwert, weil die mediale Wahrnehmung die Realität der AfD überwölbt.

### Die AfD und ihre Funktion als Türöffnerin nach Rechts

Die programmatischen Positionierungen der AfD sind alles andere als kohärent oder stimmig – gerade darin liegt aber ihr Potenzial nach Rechts: Mit zahlreichen Positionen, die auch konservative oder marktradikale Formeln umfassen, aber eben auch Anleihen an explizit antidemokratischen und demokratiefeindlichen Argumentationen nehmen, selbst anschlussfähig in der extremen Rechten zu sein, zugleich aber – und das mag der vielleicht sogar noch wichtigere Punkt sein – unter dem Postulat einer faktisch inexistenten Ideologiefreiheit weltanschauliche Positionen in die gesellschaftlichen Debatte einzubringen, die ihrerseits wiederum das konservative Lager weiter nach Rechts radikalisieren. So oder so liefert die AfD eine unsolidarische und antiemanzipatorische Programmatik, von der ausgehend soziale Ungleichheiten in der Gesellschaft und Politik verschärft werden sollen und das universelle Gleichheitspostulat der Aufklärung, das auch rechtliche Basisnormen wie das Grundgesetz oder die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte prägt, in Frage stellt.

Nimmt man die wahlprogrammatischen Aussagen zusammen mit den Äußerungen von AfD-Politiker/-innen, dann zeigt sich seit der Spaltung der Partei Mitte 2015 ein Profil, das geprägt ist von einem rassistischen Weltbild, einer daran anschließenden völkisch-

nationalistischen Gesellschaftsvorstellung und einem Glauben an die Ungleichheit des Menschen, der auch in eine antifeministische und patriarchale Grundüberzeugung mündet. Aus der Ablehnung der AfD gegenüber den demokratischen Verfahren der Repräsentation und dem damit verbundenen antiparlamentarischen Affekt folgt eine direktdemokratische Vorstellung, die ihrerseits autoritär konzeptualisiert ist.

Denn der Rekurs auf die direkte Demokratie klingt scheinbar einleuchtend und ist gerade deshalb suggestiv überwältigend, weil in einem Flächenstaat nicht über jede Sachentscheidung eine Volksbefragung durchgeführt werden kann und deshalb ja historisch die repräsentativen Verfahren entstanden sind – damit alle Bürger/-innen in ihrem realen Willen repräsentiert sind. Das Autoritäre am Plädoyer für eine direkte Demokratie besteht darin vorzugeben, selbst besser zu wissen, was „das Volk“ wolle – und damit die eigene Vorstellung absolut zu setzen. Ideengeschichtlich fußt das Argument, in dem direkte Demokratie eingefordert wird, allerdings diejenigen, die sie einfordern, vorher schon zu wissen vorzugeben, was denn das Ergebnis direktdemokratischer Beteiligung sein soll, auf Überlegungen von Carl Schmitt. Schmitt hatte den Weimarer Parlamentarismus scharf kritisiert und zwei Motive gegen die repräsentative Demokratie in Stellung gebracht: Die Einforderung von mehr direktdemokratischen Momenten in Verbindung mit einer Person, die diesen „Volkswillen“ zu erspüren in der Lage sei, so dass das Volk gar nicht mehr abstimmen muss, weil sein Wille „erfühlt“ werden kann. Im Ergebnis führt ein solches Modell also nicht nur zur Suspendierung von Partizipation, sondern auch zur Installation einer mächtigen Führungsperson gegen die Demokratie.

Für die politische Bildung ergibt sich aus der programmatischen Inkohärenz in Verbindung mit den rhetorischen Strategien führender AfD-Politiker/-innen eine besondere Herausforderung: Denn die AfD folgt neurechten Öffentlichkeitsstrategien, bei denen es darum geht, den öffentlichen Diskurs insgesamt nach Rechts zu verschieben, in dem man sich als Tabubrecher inszeniert. Beispiele hierfür ist das Bemühen, den NS-Begriff „Volksgemeinschaft“ wieder salonfähig zu machen oder die Forderung, an Grenzen auch auf Flüchtlinge zu schießen. Die AfD-Positionierungen erfolgen jeweils lautstark und medienwirksam und werden – wenn sie dann als rassistisch oder menschenfeindlich charakterisiert werden – nicht zurückgenommen, sondern nur relativiert und so im Diskurs gehalten. Das Ziel der AfD dabei ist: die Erringung einer kulturellen Hegemonie über das, was als diskutabel in einer Demokratie gilt – mit der Hoffnung, dies in einem späteren Schritt dann auch umsetzen zu können. Im Sinne von Jaschkes Ansatz der direkten Thematisierung folgt daraus für die politische Bildung, dass man die konkreten Forderungen und Äußerungen der AfD in den Blick nehmen muss, gerade *ohne* ihrer medienpolitischen Strategie der Aufmerksamkeit um jeden Preis zur kulturellen Hegemoniegewinnung auf den Leim zu gehen.

Mit Blick auf Jaschkes Argument der indirekten Thematisierung heißt das auch: Aussagen der AfD sollten im Rahmen von politischer Bildung in ihrem weltanschaulichen Kern analysiert werden, ohne dabei vorschnell davon auszugehen, dass man zentrale Momente des Rechtsextremismus – wie völkischen Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus, Freund-Feind-Denken, Militarismus, Geschichtsrevisionismus usw. – allein deshalb dort nicht finden könne,

weil die Partei ja „nur“ rechtspopulistisch sei. In der Verbindung von direkter und indirekter Thematisierung liegt insofern ein großes Potenzial, gerade in der politischen Bildung, den Schwächen des Rechtspopulismusbegriffs handlungspraktisch entgegenwirken zu können: denn der Erfolg der AfD gründet auch darauf, dass ihre Medienstrategie der Verniedlichung von antiaufklärerischer und menschenfeindlicher Ideologie bisher weitgehend aufgeht.

Da die AfD aber auch (zumindest noch) eine Partei ist, deren Personal gleichermaßen aus dem rechtsextremen und rechtskonservativen, aber auch aus anderen Spektren kommt und man gerade kommunalpolitisch auch Funktionseliten findet, die nicht dem rechten Milieu entstammen und aus anderen, jeweils im Einzelfall zu ergründenden, biografischen Motiven in der AfD aktiv geworden sind, bedarf es mit Blick auf die politische Bildung auch einer Differenzierung zwischen der Partei als institutionellem Rahmen und ihrem Personal. Konkret heißt das, dass gerade mit Blick auf die kognitive und die emotionale Dimension der politischen Bildung innerhalb der AfD Widersprüche und Ambivalenzen bestehen, die man intensiv thematisieren sollte, um so darauf abheben zu können, dass in der AfD auch (noch) Personen aktiv sind, die objektiv nicht in das politische Profil der Partei passen, was besonders den Aspekt des Erlebens und der Reflexion von Jaschke betont.

### Einstellung, Verhalten und Intensität als Basis für einen politischen Bildungsansatz

Um zu sehen, wo die AfD als Partei, aber auch wo die Funktionseliten und Mitglieder der AfD im politischen Spektrum stehen, kann



das aus der Rechtsextremismusforschung stammende Konzept der begrifflichen Unterscheidung von *Einstellung* und *Verhalten* und die Frage der *Intensität* der Einbindung von Individuen in rechte Strukturen hilfreich sein, das auf Überlegungen von Richard Stöss und Wolfgang Gessenharter zurückgreift und von den Autor/-innen an anderer Stelle ausführlich entwickelt wurde (vgl. Kurth/Salzborn 2016).

Zunächst zur Differenzierung zwischen *Einstellung* und *Verhalten*: Richard Stöss (2010: 21) hat als „Dimensionen des Rechtsextremismus“ die grundlegende Unterscheidung zwischen Einstellungen und Verhalten betont, wobei hervorzuheben ist, dass „Einstellungen [...] in der Regel dem Verhalten vorgelagert“ sind, also die Grundlage für rechtsextremes Verhalten eine rechtsextreme Einstellung ist – was nicht ein geschlossen rechtsextremes Weltbild bedeuten muss. Das heißt, dass nicht jede Wahlentscheidung für eine rechtsextreme Partei oder jedes jugendliche Schmieren von rechten Symbolen auf organisierten Rechtsextremismus verweisen, aber ohne das Vorhandensein von (mindestens) Versatzstücken eines rechtsextremen Weltbildes würde es nicht zu ihnen kommen. Deshalb ist auch die Annahme, es würde sich bei ihnen um einfachen Protest handeln, verkürzt – denn jeder soziale oder politische Protest hat eine bestimmte weltanschauliche Richtung. Insofern ist das Moment der Einstellung die zentrale Grundlage für die Charakterisierung von Rechtsextremismus, wobei sich die Einstellungen in unterschiedlichen Formen von Verhalten ausdrücken (vgl. hierzu ausführlich Salzborn 2015). Vermittelt wird der Zusammenhang von Einstellung und Verhalten über die – individuell jeweils spezifische, aber gleichsam im sozialen Raum

fortwährend änderbare und sich ändernde – *Intensität* der Integration in rechte Strukturen, also der unterschiedlichen Intensitätsmöglichkeit der Zugehörigkeit. Wolfgang Gessenharter (2010) hat die These vertreten, dass Rechtsextremismus anhand eines Kreismodells veranschaulicht werden kann, das in doppelter Hinsicht die Intensitätsgrade der Zugehörigkeit von Individuen in rechtsextremen Strukturen begreifbar macht: Im Zentrum stehen die Bewegungseliten, die umgeben werden von Basisaktivisten, an die sich wiederum die Unterstützer/-innen anschließen, die gerade auch für Aktivitäten oder Gewalttaten zentral sind und wiederum, in einem gedachten äußeren Kreis, von den Sympathisant/-innen eingerahmt werden. Wichtig daran ist: je weiter in der Mitte, desto straffer der Organisationsgrad, die weltanschauliche Festigung und die Bereitschaft, aktiv und durchaus auch gewalttätig für die eigene Ideologie einzutreten. Der Grad der Organisiertheit und der Grad der weltanschaulichen Überzeugung nehmen nach außen entsprechend ab.

Wendet man diesen Ansatz auf die AfD für die politische Bildung an, dann lässt sich mit seiner Hilfe nicht nur die *Einstellungs-* und *Verhaltensdimension* thematisieren, sondern mit der Frage der *Intensität* gerade auch der heterogene Grad der Involviertheit von AfD-Anhänger/-innen innerhalb der rechten Szene. Und verknüpft man dann die von Jaschke vorgenommene Unterteilung der präventiven Möglichkeiten von (schulischer) politischer Bildung gegen Rechtsextremismus mit der systematischen Ausdifferenzierung von Rechtsextremismus in den Dimensionen Einstellung, Verhalten und Intensität, dann ergeben sich unterschiedliche Adressat/-innen der politischen Bildung. Stellt man sich diese als ein

hypothetisches Kontinuum vor, dann steht an dessen einem Ende eine weltanschaulich gefestigte, organisierte und in die Szene vollumfänglich integrierte Person, während das andere Ende durch eine gar nicht oder nur rudimentär mit Versatzstücken des rechtsextremen Weltbildes in Kontakt gekommene, außerhalb der rechten Szene und ohne jede Kontaktstruktur zu ihr stehende Person markiert wird. An diesem Modell ist wichtig, dass sich hinsichtlich der Adressierung von politischer Bildung bei den beiden äußeren Polen klar sagen lässt, dass die erst genannte Person nicht Gegenstand von Prävention, sondern von Repression sein muss (und damit für politische Bildung kaum oder gar nicht erreichbar) und letztgenannte Person fast einen Idealtyp hinsichtlich der Voraussetzungen für politische Bildung darstellt, allerdings alle Personen, die irgendwo zwischen diesen beiden Radikaloptionen stehen, jeweils individuell hinsichtlich der Möglichkeiten und Grenzen von politischer Bildung zu lokalisieren sind – wie auch diejenigen, die aufgrund ihrer Grundhaltungen und Überzeugungen als gefestigt demokratisch bezeichnet werden können.

Mit diesem Modell ist die Ambivalenz, die zwischen der Grundaussage der Partei, ihren programmatischen Äußerungen und dem immer noch heterogenen Personal besteht, systematisch thematisierbar und ermöglicht für die politische Bildung einen Ansatzpunkt, die Ansätze der Rechtsextremismusforschung im Umgang mit der AfD fruchtbar zu machen.

## LITERATUR

Gessenharter, Wolfgang (2010): Was ist Rechtsextremismus? Zentrale Aspekte eines vielschichtigen Problems. In: Holger Spöhr/Sarah Kolls (Hrsg.): *Rechtsextremismus in Deutschland und Europa*. Frankfurt/M., S. 27-43.

Jaschke, Hans-Gerd (2012): Zur Rolle der Schule bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 18/19, S. 33-39.

Kurth, Alexandra/Salzborn, Samuel (2016): *Rechtsextremismus im Fokus von Politikwissenschaft und Politischer Bildung*. In: Oberle, Monika/Weißeno, Georg (Hrsg.): *Politikwissenschaft und Politikdidaktik – Theorie und Empirie*. Wiesbaden (im Erscheinen).

Salzborn, Samuel (2015): *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Baden-Baden.

Stöss, Richard (2010): *Rechtsextremismus im Wandel*. Bonn.

### Alexandra Kurth

Dr. Alexandra Kurth ist Studienrätin im Hochschuldienst am Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen.

### Samuel Salzborn

Prof. Dr. Samuel Salzborn ist Professor für Grundlagen der Sozialwissenschaften am Institut für Politikwissenschaft der Georg-August-Universität Göttingen.